

FRAGESTUNDE

Beginn: 14.00 Uhr
Ende: 15.05 Uhr

1) Rückkauf der Baurechte der Thalia von Acoton

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! In jüngster Vergangenheit gab es immer wieder Medienberichte um das Projekt Thalia. Unter anderem wurde auch über das Angebot der Seiten der ACOTON bezüglich des Rückkaufes der Baurechte an die Stadt Graz berichtet. In einer Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, haben Sie damals die Überprüfung eines eventuellen Rückkaufes angekündigt.

Vor einigen Wochen war wieder eine Meldung in den Medien, wonach es bereits Verhandlungen mit der ACOTON gäbe und es handelt sich um einen Rückkaufsbetrag von 10 Millionen Euro.

In Zeiten, wo die Stadt Graz enorme Probleme mit dem Finanzhaushalt hat, wo es zu Einnahmenverlusten auf Grund der Wirtschaftskrise in Millionenhöhe bei der Kommunalsteuer kommen wird höchstwahrscheinlich und das „Einsparen“ auf der Tagesordnung steht, verwundert es uns sehr, dass die Stadt hier zehn Millionen Euro für einen Rückkauf von Baurechten ohne konkrete Projekte zur Verfügung hat. Zumindest sind uns keine Projekte diesbezüglich bekannt.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion folgende

F r a g e

an Sie: Was hat die Überprüfung ergeben, und gibt es diese Verhandlungen mit der ACOTON bezüglich eines Rückkaufes in der Höhe von 10 Millionen Euro? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Kollegin Bergmann! Ein paar Antworten dazu, der ursprünglich vom jetzigen Baurechtsinhaber ACOTON beabsichtigte Hotelzubau, an das wir uns erinnern können, ist ja bekanntlich, nachdem die EU-Kommission ein Vergabeverfahren eingeleitet hatte, nicht umgesetzt worden. Und es besteht somit auf dem Areal ein halbfertiges Projekt beziehungsweise eine noch nicht zur Gänze ausgeschöpfte Baugenehmigung. Halbfertig deshalb, weil ja die Probebühne errichtet worden ist und wie gesagt der geplante Hotelbau nicht zur Ausführung gekommen ist wegen des eingeleiteten Vergabeverfahrens der EU-Kommission. Der Baurechtsinhaber hat nunmehr Alternativideen entwickelt zum Hotelbau, für die zurzeit nach seinen Angaben gerade ein städtebaulicher Wettbewerb vorbereitet wird. Ich möchte gerne dazusagen, dass die Vorbereitung des städtebaulichen Wettbewerbs in enger Abstimmung mit der Altstadtkommission erfolgt ist und eben auch vereinbart ist, sodass wir tatsächlich annehmen können, dass wir jetzt zum Unterschied zur Diskussion von vier Jahren ein Projekt bekommen werden in einem Wettbewerbsverfahren, das aus Sicht des Altstadtschutzes in Ordnung ist, das wie gesagt, abgestimmt ist mit dem Altstadtschutz und nicht zur Kritik von Seiten der ASVK oder damit es nicht zur Kritik kommen wird. Unabhängig davon hat ACOTON der Stadt angeboten, die Anteile an der Projektgesellschaft in einem noch festzulegenden Ausmaß zu veräußern. Was die rasche Realisierungswahrscheinlichkeit eines neuen städtebaulichen Projektes insbesondere angesichts der gegebenen Finanzkrise naturgemäß beträchtlich erhöhen und eventuell auch stärkere Einflussnahme auf die weitere Entwicklung des Projektes gewährleisten könnte. Die Prüfung der Vorteilhaftigkeit eines solchen möglichen städtischen Engagements ist noch nicht abgeschlossen, wesentliche und mit den städtischen Experten der GBG, der Finanzdirektion und letzten Endes auch des Stadtrechnungshofes sowie der Abteilung für Liegenschaftsverkehr werden, die wesentlichen Experten werden die abzuhandelnden Fragen bearbeiten und sie beziehen sich selbstverständlich auf die zukünftigen Ertragschancen und Ertragsrisiken. Auf die Baukosten und die Risiken, die damit verbunden sind, sowie auf die Finanzierungskosten und auf unterschiedliche städtebauliche Aspekte. Klar ist das eine, wenn die Stadt will, dass diese Halbruine, die im Moment im Bereich der Thalia und hinter der Thalia steht, zu einem guten und schönen und auch akzeptablen, auch im Sinne des Altstadtschutzes geeigneten Projekt gemacht werden soll, dann wird ein Engagement der Stadt Graz erforderlich sein. Wenn

dieses Engagement nicht erfolgt, dann ist damit zu rechnen, aus heutiger Sicht jedenfalls, dass die derzeitigen Zustände bleiben. Klar ist aber auch, dass eine, ich habe es Ihnen schon gesagt, dass diese Untersuchungen nicht abgeschlossen sind, aber klar ist, dass eine teilweise oder gänzliche Übernahme der Projektgesellschaft jedenfalls eines entsprechenden Gemeinderatsbeschlusses bedarf, der allenfalls eben vorbereitet wird und dann auch rechtzeitig für eine Diskussion hier im Gemeinderat eingebracht wird.

GRin. **Bergmann**: Ich habe keine weitere Frage. Danke.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 14.05 Uhr den Vorsitz.

2) Erdbebensicherung von Grazer Gebäuden

GR. Mag. **Korschelt** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Anfrage ist noch an die Kollegin Fluch, aber wir haben das noch nicht wissen können. In dem Fall muss ich es natürlich ändern, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das verheerende Erdbeben in Italien im vergangenen Monat hat einmal mehr die Notwendigkeit entsprechender Vorsichtsmaßnahmen aufgezeigt.

Aus gegebenem Anlass stellt sich für mich als Politiker die Frage, ob unabhängig von den geographischen Voraussetzungen im Falle einer derartigen Katastrophe seitens der Stadt Graz entsprechend Vorsorge getroffen wäre.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrte Herr Bürgermeister folgende

A n f r a g e :

Welche unterstützenden Maßnahmen wurden seitens der Stadt Graz gesetzt, um bei öffentlichen und privaten Bauten die Sicherheit der Menschen vor allem im Falle von Naturkatastrophen zu gewährleisten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Die Bilder und die Schicksale, die wir jetzt alle erst im Fernsehen gesehen haben, waren schlimm. Die Betroffenheit der Menschen bis zum heutigen Tag, die vielen Opfern. Man muss natürlich darüber nachdenken, wenn auch dann die Erde selbst in der Steiermark bebt, wie erdbebensicher sind denn die Gebäude in unserer Stadt. Ich glaube, niemand kann eine hundertprozentige Antwort geben, aber ich habe mich auch mit dieser Frage beschäftigt, ich bedanke mich auch dafür und habe folgende Antwort parat. Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass sämtliche Bauvorhaben, sowohl private als auch öffentliche, die bei der Baubehörde eingereicht werden, von einem befugten Planer gefertigt werden müssen. Dies gewährleistet grundsätzlich, dass das Bauwerk den einschlägigen technischen Richtlinien unseren Ö-Normen entspricht und entsprechen muss. Dazu zählt natürlich, dass sowohl die Statik des Gebäudes als auch die Baugrundsicherheit nachgewiesen wird. Im Gesamten wird von der Standsicherheit von Gebäuden gegenüber verschiedensten Einwirkungen und Belastungen gesprochen, die durch technische Maßnahmen gewährleistet sein muss. Beim Bau von Gebäuden, die nach dem österreichischen Stand der Technik geplant und errichtet wurden, besteht ein äußerst geringes Restrisiko für die Standsicherheit. Wie von Mitarbeitern der Baudirektion mitgeteilt wurde, wird bei der Vorbereitung von Wettbewerbsunterlagen von öffentlichen Gebäuden und Zubauten, zum Beispiel Schulen, eine statische Bestandsanalyse von einem Ziviltechniker/Statiker im Vorfeld durchgeführt. Bei der Auslobung von Neubauten wird zusätzlich noch der Baugrund von einem Bodenmechaniker untersucht, sämtliche dabei erstellten Gurtachten der Statiker und Bodenmechaniker fließen also bereits sehr früh in die Planung öffentlicher Gebäude ein. Zur Erdbebengefährdung ist im Speziellen zu sagen, dass Graz weder in einer stark gefährdeten Zone liegt, noch eine besondere Häufigkeit für Erdbeben gegeben ist, gemäß der Ö-Norm B 4015 liegt Graz in der Zone 1, wo leichte Gebäudeschäden auftreten können. Laut Norm werden diese beispielhaft mit Rissen im Verputz, bei älteren Gebäuden durch Abbrechen von Verputzteilen und

herabstürzenden Dachziegeln beschrieben. Dennoch wird gemäß der Ö-Norm ein Nachweis der Erdbebensicherheit von größeren Neubauten erbracht. Bei kleinen Bauwerken, wie zum Beispiel Einfamilienhäusern, wird auf Erfahrungswerte in der Ausführung, die sich über Jahre bewährt haben, zurückgegriffen. Dies gilt im Übrigen für alle anderen Belastungen ebenso, wie zum Beispiel Wind, Schnee usw., die auf ein Gebäude einwirken können. Aus behördlicher Sicht wäre zu sagen, dass theoretisch über das Baugesetz eine zusätzliche rechtliche Verankerung der Erdbebensicherheit möglich wäre. Dies erscheint aber auf Grund des sehr guten Standes der Technik sowohl in der Planung als auch in der Ausführung sowie der geringen Gefährdung durch Erdbeben als eine Zusatzaufgabe und das heißt, wenn man Revue passieren lässt, ich glaube, dass wir einen anderen Standard in Graz und in Österreich haben als in anderen Ländern. Die Diskussion gibt es ja schon, inwieweit gibt es Baumängel. Ich hoffe, dass der Fall bei uns nie eintreten wird, aber hundertprozentig würde ich nie etwas ausschließen. Wir sollten vermerkt unser Augenmerk bei allen Bauwerken auch darauf ausrichten, wie sie den Stürmen, den Naturgewalten oder auch einem Erdbeben standhalten können.

GR. Mag. **Korschelt**: Danke vielmals für die ausführliche Beantwortung der Frage und ich freu mich natürlich, dass ich der Erste war, der dich sozusagen im neuen Ressort befragen konnte. Danke (*Applaus FPÖ*)

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.10 Uhr den Vorsitz.

3) Armutsbekämpfung und soziale Inklusion: Welche Hilfsmöglichkeiten der Europäischen Union werden in Graz genützt?

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage zum Thema Armutsbekämpfung und soziale Inklusion bezieht sich darauf, welche Hilfsmöglichkeiten der Europäischen Union in Graz genützt werden. Es gab hier im Hause vor vier Wochen eine eindrucksvolle Erstpräsentation des Grazer Aktionsprogramms gegen Armut, es wurden Arbeitskreise eingesetzt. Nach zeitlichen Möglichkeiten bin ich gerne bereit, auch mitzuarbeiten. Zusätzlich zu dieser Möglichkeit sollte man aber sehr wohl prüfen, was es bereits gibt an Best-Practice-Modellen, an Strategien, um Armut vorzubeugen, über Präventionsprojekte, um Armut dann auch tatsächlich zu bekämpfen. Ich vermisse aber bisher das Zurückgreifen auf Förderprogramme und Best-Practice-Modelle, die sich europaweit bereits bewährt haben. Vor vier Wochen durfte ich dir, sehr geehrte Frau Stadträtin, eine Informationsbroschüre des Europäischen Anti-Armuts-Netzwerkes überreichen. Auch die Europäische Sozialplattform ist ein wertvoller Partner bei der Armutsbekämpfung. Dieses Thema gewinnt auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. Die Europäische Kommission hat erst am dritten Oktober des Vorjahres eine Empfehlung zur Armutsbekämpfung und zur sozialen Inklusion erwerbsarbeitsloser Personen veröffentlicht. Diese Empfehlungen der Europäischen Kommission sind nicht zu unterschätzen, die gehen an das Europäische Parlament und die Beschlüsse werden dann weitergeleitet an die nationalen Parlamente und sind wirklich von großer Bedeutung, wirklich auch im Hinblick auf die bevorstehenden EU-Wahlen eine Information, das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, wirklich stärker ernst zu nehmen, was von der Kommission kommt. ExpertInnen aus ganz Europa beteiligen sich an der Diskussion. So wird beispielsweise ein existenzsicherndes Einkommen europaweit gefordert, insbesondere auch für kinderreiche Familien. Die bessere Vereinbarkeit von Privatleben, Familienleben und Erwerbsleben ist eine wesentliche Voraussetzung, um Armut zu vermeiden und der sozialen Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Ich frage dich, Frau Stadträtin, namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

In welcher Form und in welchem Ausmaß wurde bisher seitens des Sozialamtes der Stadt Graz bei der Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung auf Europäische Vernetzungsangebote und Best-Practice-Modelle zurückgegriffen?

StRin. **Edlinger**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi! Recht herzlichen Dank für deine Anfrage oder Frage in der Fragestunde, weil es mir einfach das erste Mal die Möglichkeit gibt, auch vor dem, zwar nicht ganz voll versammelten, aber halbversammelten Gemeinderat ein paar Worte zum Grazer Aktionsprogramm gegen Armut richten zu dürfen. Du warst ja dankenswerterweise bei der Auftaktveranstaltung, es hat mich sehr gefreut, dass eigentlich bis auf eine kleine Fraktion alle Gemeinderatsfraktionen vertreten waren und ich jetzt auch schon bei den angelaufenen Arbeitskreisen, Zielgruppenarbeitskreisen, Thema Familie, Thema Senioren/Seniorinnen, zum Bereich Armut und Menschen mit Migrationshintergrund und zu Fragestellungen genderspezifische Aspekte von Armut, dass bei diesen vier Arbeitskreisen, die alle schon ihre Arbeit aufgenommen haben, bei den meisten ich mich erinnere, dass auch Gemeinderäte/Gemeinderätinnen neben den teilnehmenden Vertretern/Vertreterinnen von Institutionen, Vereinen, von kirchlichen Einrichtungen hier sich einbringen, mitdenken, mitmachen. Vielleicht für alle, die den diesbezüglichen Einladungsbrief nicht mehr so im Kopf haben, Ziel ist, dass wir genau hinschauen, was soll auf städtischer Ebene, auf kommunaler Ebene noch alles gemacht werden, um noch besser gegen Armut vorgehen zu können, um noch besser Armut bekämpfen zu können. Wobei, vielleicht liegt da ein kleines Missverständnis bei dir vor, von vorneherein immer klar war, dass die Arbeit am Grazer Aktionsprogramm gegen Armut nicht beschränkt sein kann auf die Arbeit der vier Arbeitsgruppen. Wir können ja nicht hergehen und sagen, wir lagern die Verantwortung jetzt an die dankenswerterweise bereiten Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen in den Arbeitsgruppen auf und was dort herauskommt, das ist es dann und darüber hinaus machen wir uns keine Gedanken. Deswegen war von vorneherein bei der Planung, wie wir da in den nächsten Monaten arbeiten können, auch mitgedacht natürlich, dass wir unsere Fühler nach allen möglichen Richtungen ausstrecken, wie wir Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten übernehmen können, wo wir uns anlehnen können, wo wir das Radl nicht neu erfinden müssen, das war natürlich eben, wie gesagt, von vorneherein immer mitgedacht. Da gibt es teilweise Möglichkeiten, sich hier etwas abzuschauen, ich denke da an deutsche Städte, die bezüglich Sozialverträglichkeitsprüfung bereits erste Erfahrungen zumindest in Teilbereichen gemacht haben. Wenn es um ein kommunales Aktionsprogramm geht, ist es ein bisschen schwierig, sich das abzuschauen, weil wir da noch nicht so richtig fündig geworden sind, wo in dem umfassenden Sinne, wie wir jetzt versuchen, daran zu arbeiten, wo bereits ein derartiger breiter Weg schon gegangen

wurde. Ich habe deswegen auch schon im Februar, also gleich, wie wir die Auftaktveranstaltung geplant haben, auch mit dem Ministerbüro und mit der zuständigen Sektionschefin im Ministerium Kontakt aufgenommen und wir stehen seitdem im guten Austausch, weil es auch mir natürlich darum geht, dass wir nach Möglichkeit auch EU-Mittel lukrieren können für das eine oder andere Projekt und gerade im Hinblick darauf, dass nächstes Jahr das europäische Jahr zur Armutsbekämpfung und zur Bekämpfung der sozialen Isolation ist und in dem Beschluss, den du auch zitiert hast, ja dezidiert auch angeführt ist, dass die Ausarbeitung von lokalen Aktionsplänen begrüßenswert wäre und möglicherweise auch unterstützt werden kann, haben wir natürlich auch da unsere Fühler ausgestreckt. Allerdings wird da nicht der große Geld- oder Goldregen auf Graz hereinprasseln, dem ist leider nicht so, weil von Seiten der EU für das gesamte nächste Schwerpunktjahr meinem Informationsstand nach für ganz Österreich 200.000 Euro zur Verfügung stehen, also das ist uns schon gesagt worden seitens des Ministeriums, aber es gibt großes Interesse, hier mit uns zu kooperieren und vielleicht die eine oder andere Veranstaltung auch gemeinsam durchzuführen. Zusätzlich sind wir natürlich auch in Gesprächen, was einerseits die Fortführung der ESF-Programme anlangt beziehungsweise laufen die ersten Gespräche für den nächsten Cool, den es im Rahmen des ESF gibt und weil du das europäische Antiarmutsnetzwerk angesprochen hast, die österreichische Vertretung hat ja quasi die österreichische Armutskonferenz dort inne und auch da (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) haben wir natürlich Gespräche geführt, dass wir in der Erarbeitung unseres Grazer Aktionsprogramms gegen Armut in einem guten Austausch und in einer guten Vernetzung über die österreichische Armutskonferenz sein werden und bereit sind, weil es einfach, wie gesagt, wichtig ist, dass wir da nicht uns anschicken, jedes Mal das Rad neu zu erfinden, sondern wirklich einfach da oder dort, wo es Sinn macht, gute Ideen, die bereits erprobt wurden, auch selbst aufzunehmen und zu übernehmen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger:** Danke, Frau Stadträtin, dass du die europäische Dimension jetzt hereingebracht hast, ich habe das bei der Auftaktveranstaltung vermisst und dass du den ESF angesprochen hast. Für die KollegInnen, das ist der Europäische Sozialfonds,

dass wir den auch benennen und nützen und auch darüber reden, vielleicht anders als dein Kollege auf Landesebene, Soziallandesrat Flecker, der aus ESF-Mitteln finanziert ein Langzeitarbeitslosenhilfsprojekt durchführt und das wunderbar propagiert, aber mit keiner Silbe dazusagt, wo er das Geld her, hat nämlich aus dem ESF. Ich hoffe, dass wir zusätzlich auch in Graz solche Mittel nützen können und nochmals, ich kann dir auf den Tisch legen, es gibt bereits voll ausgearbeitete Modelle, die in der Praxis bereits Anwendung finden und du hast es selbst ausgesprochen, nicht das Rad neu zu erfinden, sondern darauf zurückzugreifen, weil die Leute haben erst was davon, wenn man die Dinge konkret umsetzt, Arbeitskreise sind schön, aber wir müssen sie umsetzen. Danke. Ob es dir recht ist, wenn ich dir solche Modelle auf den Tisch lege, das du nicht suchen musst.

StRin. **Edlinger**: Sissi, wenn du dich zurückerinnerst an mein erstes Mail an die Mitglieder des Sozialausschusses, schon dort habe ich angeboten, bitte liebe Gemeinderatsfraktionen bringt eure Vorschläge, bringt eure Ideen ein und zum Thema ESF, liebe Sissi, auch da, wir gehen da keinen neuen Weg, wir haben seit letztem Jahr laufende ESF-Projekte, wo wir sehr dankbar sind, auch als Stadt Graz und auch als Land Steiermark und das stimmt einfach nicht, wenn du sagst, der Kurt Flecker tut so, als ob das nur das Land finanzieren würde, ich habe in diesem Zusammenhang mit dem ESF-Projekten drei Presskonferenz mit Kurt Flecker gemeinsam gehabt, weil wir ja teilweise finanzieren und jedes Mal ist natürlich unterstrichen worden und dargelegt worden, wie hoch der Anteil der EU-Finanzierung ist.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.20 Uhr den Vorsitz.

4) Einschaltungen durch die Stadt Graz

GR. **Herper** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Herper**: Lieber Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach welchen Kriterien werden Inserate beziehungsweise Werbeeinschaltungen der Stadt Graz vergeben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, geschätzter Herr Klubobmann, du siehst, du kannst auch nach Jahrzehnten wirklich überraschen, ich gratuliere dir dazu. Die Frage müsste für mich aber sehr leicht beantwortbar sein, da wir alle Informationen zur Öffentlichkeitsarbeit auf der Homepage und im Intranet auch abrufbar haben. Letztgültig ist der Präsidialerlass Nr. 17 vom 17. Juli 2007, den ich dir auch gerne persönlich überreichen werde. Darüber hinaus gibt es die Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Graz, auch diese habe ich für dich vorbereitet. Das Budget für die Öffentlichkeitsarbeit unserer Stadt mit einem Budget von über 800 Millionen ist ein sehr kleines. Betriebe, die derart wenig tun würden, um ihre Produkte und Dienstleistungen ihrer Mitarbeiter zu bewerben, wären schnell dem Untergang geweiht.

Zwischenruf GR. Grosz: Wie viel in Summe?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir geben über die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ressortübergreifend nicht einmal 159.000 Euro aus, das sind gerade einmal 0,02 % der gesamten Budgetmittel. Vieles spielt sich bei uns Menschen im Kopf ab, das heißt, wenn wir den Menschen in Graz Mut machen wollen und auch zeigen wollen, dass wir in vielen Bereichen sehr viel unternehmen, um die Lebensqualität und unser Service für sie zu verbessern, müssten wir eigentlich deutlich mehr in die Öffentlichkeitsarbeit investieren.

GR. **Herper**: Danke, dass du mir noch die Materialien, die mir nicht vielleicht alle zugänglich gewesen sind, aber die meisten kenne ich schon, durchaus mir ermöglichen zur Einsichtnahme. Ich halte nämlich die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, die du jetzt angeführt hast in den Kriterien, am Beispiel des Bauernbundballes für durchaus hinterfragenswert. Ich haben nämlich hier zwei Inserate des Bauernbundballes und frage mich, ich weiß, der Bauernbundball ist die größte steirische Ballveranstaltung, österreichische sogar, deswegen haben ja nicht nur du und Gerhard Rüscher oder Christian Buchmann oder der Hermann Schützenhöfer oder der Wirtschaftskammerpräsident, sondern auch die Minister an der Zahl, ex oder wie auch immer, aber durchaus bis zum Vizekanzler Josef Pröll teilgenommen, also durchaus von den ÖVP-Vorfeldorganisationen organisiert. Der Wettbewerb dieser Inserate, wo einfach nur steht, wünscht Ihnen einen vergnüglichen Ballabend, ist natürlich überschaubar, der Wettbewerb und es werden auch nicht die Leistungen der Stadt Graz beworben, die Aussagekraft ist meiner Meinung nach gleich null, die Auflage der Medien ist auch nicht gerade großflächig zu nennen, die eine hat 6.000 Auflage, die andere wahrscheinlich auch nicht mehr. Deswegen meine konkrete Zusatzfrage, wie hoch waren denn die Kosten für diese beiden Inserate, die als Goodwill-Inserate an eine ÖVP-Vorfeldorganisation gegangen sind? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn du das gleich gefragt hättest, hätte ich mich vorbereiten können darauf.

Zwischenruf GR. Herper unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist schön, aber wenn du heute eine Antwort gerne gehabt hättest, hätte ich sie dir jetzt auch geben können, was ich jetzt ja nicht kann, weil ich nicht alle Inserate der Stadt Graz auswendig im Kopf habe, ich bin der Meinung, wir

sollten uns heute unsere Papiere austauschen und ich werde dir eine Auskunft drüber geben.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Und beim nächsten Mal die Volkshilfe.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

5) Sanierung von Gemeindewohnungen

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrte Frau Stadträtin! Immer wieder beschließen wir in den Gemeinderatssitzungen Stücke des Amtes für Wohnungsangelegenheiten zur umfassenden Sanierung von städtischen Wohnhäusern verbunden mit Darlehensaufnahmen beim Land Steiermark. Aus den Unterlagen ist zwar ersichtlich, welche Maßnahmen förderfähig sind, Angaben zu den energietechnischen Standards fehlen allerdings. Die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat seit Sommer 2008 die Energienachfrage und damit auch die Energiepreise einbrechen lassen. EnergieexpertInnen prognostizieren allerdings eine baldige Trendumkehr. Mag. Michael Cerveny, Energie- und Klimaschutzexperte der österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik, warnt: Sobald wir die aktuelle Wirtschaftskrise hinter uns gebracht haben und die Weltkonjunktur wieder auf Hochtouren läuft, wird der Energieengpass spürbar werden. Die Energiepreise werden nie dagewesene Höhen erreichen. Die Maßnahmen, die gegen die drohende Energiekrise helfen, sind im Wesentlichen die gleichen wie jene, die im Kampf gegen den Treibhauseffekt

erforderlich sind: eine drastische Senkung des Energieverbrauchs und eine massive Ausweitung des Einsatzes von erneuerbaren Energien. Die steigenden Energiekosten werden zu einem immer wichtigeren Kostenfaktor für die Bevölkerung werden und besonders sozial schwächere Menschen treffen. Umgekehrt wird die Energiekrise für jene Menschen geringere Auswirkungen haben, die möglichst wenig von im Preis schwankenden Energieträgern abhängig sind, das heißt zum Beispiel, in sehr gut sanierten Wohnungen und Häusern leben. Daher bitte ich Sie um Beantwortung folgender

F r a g e :

Nach welchen energietechnischen Standards erfolgen die umfassenden Sanierungen der im Eigentum der Stadt Graz befindlichen Gemeindewohnungen?

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Gemeinderätin! Ich danke Ihnen für die Anfrage, das Thema ist wichtig und das ist auch mir und meinen MitarbeiterInnen am städtischen Wohnungsamt seit vielen Jahren ein großes Anliegen. Sie ermöglichen mir, vor allem auch hier im Gemeinderat einmal ein bisschen zu sagen, was wir im Bereich Sanierung städtischer Gemeindewohnungen in den letzten Jahren bewerkstelligt haben und ich kann eigentlich, was Sie im Motivenbericht angeführt haben, mich da vollinhaltlich anschließen. Die Situation stellt sich so dar, auch für mich und auch ich sehe, dass wir künftighin, was die Energieversorgung betrifft, nur Maßnahmen setzen können in der Energieeinsparung, in erneuerbarer Energie und auch in der Steigerung der Energieeffizienz (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Vorab möchte ich aber vielleicht nur noch eines auch anmerken, weil es mir wichtig ist, wie sich die Gemeindewohnungen so in den letzten Jahrzehnten dargestellt haben auch. Die Gemeindewohnungen, muss man wissen, sind zu einem großen Anteil in der Zwischenkriegszeit und in der Nachkriegszeit errichtet worden, wir haben einen nicht geringen Anteil auch der denkmalgeschützt ist, und noch bis Ende der 90er-Jahre waren tausende von Gemeindewohnungen Substandard und eigentlich beginnend mit 1998 hat sich das städtische Wohnungsamt als Schwerpunkt und zum Ziel erklärt,

diesem Substandard langfristig sozusagen ein Ende zu setzen und hat diesen Sanierungsrückstau, der ja bestanden hat über Jahrzehnte, versucht aufzuholen und man muss sagen, da sind wir mit unserer Sanierungsoffensive wirklich auf einem sehr, sehr guten Weg und ich denke, darauf kann die Stadt Graz durchaus auch im Allgemeinen sehr stolz darauf sein (*Applaus KPÖ*). Konkret schaut es bei den Gemeindewohnungen so aus, das ist ja durchaus allen bewusst, dass es sich hier um einkommensschwache Bewohnerinnen und Bewohner handelt, deshalb sind natürlich sämtliche Sanierungen, egal ob es sich jetzt um umfassende Sanierungen oder um kleine Wohnhaussanierungen, aber auch im Wohnungsneubau sind wir natürlich auf die Wohnbaufördermittel des Landes angewiesen. Jede Sanierung erfolgt auch natürlich mit Mitteln der Wohnbaufördermittel des Landes und das müssen sie auch, sonst könnten wir den Preis, den Wohnungspreis für die Mieterinnen und Mieter nicht so halten. Die Wohnbaufördermittel des Landes sehen durchaus aus unserer Sicht gute ökologische Standards vor und das hat auch dazu geführt, dass wir eigentlich fast, nicht nur fast, bei allen Sanierungen das ökologische Anreizsystem, das es gibt, zum vollen Umfang erreichen konnten. Hervorragende Beispiele sind hier vor allem die Sanierungen in der Triestersiedlung hier zu nennen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wo wir bei zwei städtischen Wohnhäusern sogar weit über das Ausmaß dieser Mindestanforderungen an Energieeinsparungen setzen, mit Zustimmung der Mieter und Mieterinnen muss man dazusagen, erreichen konnten. Insgesamt haben wir im Altbaubereich, wo Sanierungen durchgeführt wurden, ist es bis zu 40 % zu Energieeinsparungen gekommen. Im Wesentlichen sind diese Maßnahmen natürlich da Anbringen von Thermoputz beziehungsweise Wärmedämmverbundsysteme, der Austausch von Fenstern mit niedrigem k-Wert und erhöhter Dichte und der Anschluss ganzer Wohnhausanlagen an das Fernwärmenetz. Darüber hinaus gibt es aber auch noch andere Bereiche, die oft wenig Erwähnung finden, die aber wesentlich sind, wenn es um ökologische Wärmedämmung geht. Es erfolgt prinzipiell nur der Einsatz von Bauprodukten, die über den gesamten Lebenszyklus sehr gute Eigenschaften aufweisen. Es werden daher zur Wärmedämmung nur Dämmstoffe und Montageschäume verwendet, welche keine klimaschädigenden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) halogenierten Gase emittieren. Im Zuge von umfassenden Sanierungen, wie schon angesprochen, werden prinzipiell die städtischen Wohnhäuser mit Wärmeversorgungsanlagen ausgestattet, außer dort,

wo natürlich kein Fernwärmeanschluss vorhanden ist, dort kommt es zum Einbau von Ferngas bei den Wohnungen, wobei man aber auch hier sagen muss, dass darauf geachtet wird, dass die Gasthermen der neuen Technik entsprechen und dementsprechend auch eingesetzt werden. Das heißt, das Wohnungsamt hat hier in den letzten Jahren wirklich auch einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen geleistet. Ein wichtiger Bereich ist auch die Heizungsanlagenoptimierung, darunter versteht man die genaue Anpassung, Regelung und Leitungsführung und Leitungsdämmung einer Anlage an den Bedarf der BewohnerInnen. Wir haben gesehen, dass die Systeme zur Wärmeversorgung von Geschosswohnbauten ein ziemliches erhebliches Optimierungspotential aufweisen, das reicht vom Temperaturniveau. Nichterreichen von Brennwerteffekten, enormen Speicher- und Rohrleitungsverlusten, nicht optimaler Ausnutzung von erneuerbaren Energieformen bis hin zum erhöhten Stromverbrauch von Pumpen und Antrieben. Positive Beispiele hier in den letzten Jahren sind 26 städtische Wohnhäuser in der Triestersiedlung, wo diese Maßnahmen durchgeführt wurden, in der Radegunder Straße eine Wohnhausanlage und in der Wiener Straße. Erwähnenswert ist auch, dass wir nicht nur auf die Förderungen, die durch das Umweltamt zurückgegriffen werden kann für den Heizungseinbau, sondern dass wir seit mehreren Jahren auch ein eigenes Budget im städtischen Wohnungsamt einen Posten geschaffen haben für den Einbau von Fernwärmeheizungen im Zuge von Brauchbarmachungen, bevor es zu Neuvermietungen kommt. Wichtig, und das wissen auch viele nicht, ist, dass wir prinzipiell bei den umfassenden Sanierungen und bei Sanierungen von Wohnraum nur Fenster aus Holz verwenden, da Holz ein nachwachsender ökologisch hochwertiger Baustoff ist und durch den Einbau von Schallschutzfenstern und Schalldämmlüftern auf der Straßenseite es auch zusätzlich noch zur Hebung der Wohnqualität, natürlich auch der Schalldämmwert reduziert werden kann. Das sind nur einige Beispiele. Man muss auch noch erwähnen, dass seit zwei Jahren die Wohnbauförderung auch vorsieht die Förderung von Warmwasseraufbereitung durch solare Energie und hier drei Wohnhausprojekte in der Eggenberger Allee, Robert-Fuchs-Straße, und auch das letzte war in der Raiffeisenstraße bei der Wohnhausanlage, dieser Einbau erfolgt ist. Diese Beispiele zeigen eigentlich auf, dass hier durchaus viel geleistet wurde. Ich und meine MitarbeiterInnen halten aber auch ein Prinzip für sehr wichtig, dass man nicht nur auf die ökologische, sondern natürlich auch auf die soziale Verträglichkeit immer achten

muss, das heißt, wir treffen keine Entscheidungen über die Köpfe der Bewohner und Bewohnerinnen, wir versuchen, gemeinsam mit ihnen Projekte durchzubesprechen und eines ist auch immer wichtig, auf die Balance zu schauen, dass es neben den ökologischen Standards eben auch immer wieder wichtig ist, darauf zu achten, dass die Wohnungskosten durch diese Maßnahme nicht hochgetrieben werden (*Applaus KPÖ*).

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Danke für die äußerst umfangreiche und erfreuliche Antwort. Jetzt ist es ja so, dass es zusätzliche Mittel gibt zum Beispiel auf Bundesebene oder eben diverse Energiefonds und meine Zusatzfrage lautet daher: Welche Aktivitäten setzen Sie, um zusätzliche Fördermittel zur Erreichung noch höherer energetischer Standards zu akquirieren?

StRin. **Kahr**: Das machen wir eigentlich jedes Jahr, wenn es um die Budgetverhandlungen geht, weil natürlich wir, auch wenn wir jährlich viele Wohnhäuser sanieren, es uns wichtig ist, diese auf einem höchstmöglichen Standard auch durchzuführen. Entscheidend ist aber, und das kann ich eigentlich nicht oft genug sagen, ist, wir können die Sanierungen nur mit Hilfe der Wohnbaufördermittel des Landes durchführen. Wenn diese Mittel dort aufgestockt werden und noch zusätzliche Verbesserungen, die die Wohnbauförderung jetzt noch nicht kennt, aufgenommen werden, dann sind wir natürlich sogar verpflichtet, das auch umzusetzen und natürlich sind wir jederzeit auch bereit, wenn die Stadt Graz bereit ist, zusätzliche Mittel in die Hand zu nehmen, diese auch hier dann einzusetzen (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

6) Kindergartenplätze in Graz

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen brachte die Kleine Zeitung einen Artikel mit dem Titel „AMS-Bestimmung bringt steirische Mütter in Armutsfalle“. Begründet wird dieser Sachverhalt damit, dass der Bedarf nach Plätzen in städtischen Kindereinrichtungen, seitdem sie gratis angeboten werden, enorm gestiegen ist und das Angebot nicht ausreichend ist. Das führt schließlich dazu, dass zum Beispiel Alleinerziehende, die arbeiten wollen und keinen Betreuungsplatz bekommen, die gesetzlich zumindest vorgeschriebene Anzahl von 16 Stunden in der Woche für den Arbeitsmarkt nicht verfügbar sein können und damit auch das AMS-Geld verlieren. Die betroffenen Mütter sind somit doppelt bestraft und es bleibt ihnen letztendlich nur der Weg zum Sozialamt. Es steht außer Frage, dass hier eine Lösung gefunden werden muss. Von Seiten der Stadt ist vor allem wichtig, für ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zu sorgen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

F r a g e :

Wie sieht der aktuelle Stand der Bedarfserhebung nach Kindergartenbeziehungsweise Kinderkrippenplätzen in der Stadt aus und welche Maßnahmen sind kurz- beziehungsweise langfristig geplant, um ein flächendeckendes Angebot sicherstellen zu können? (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Zunächst eine Vorbemerkung im Hinblick auf Ihren Motivenbericht. Es hat ja auf Einladung von der Kollegin Edlinger mit dem AMS eine Aussprache gegeben und nicht nur, dass sich dieser eine sehr umfangreich publizierte Fall tatsächlich völlig anders darstellt und eigentlich nicht wirklich viel an dieser Geschichte gestimmt hat, kann man eigentlich

bestätigen, es gibt die Problematik oder es gäbe sie. Das AMS hat aber sehr, sehr glaubhaft versichert, dass es de facto diese Fälle nur gegen Null gibt, weil man sich mit allen Möglichkeiten bemüht, dass dieser Fall nicht eintritt. Erst wenn es tatsächlich auch praktisch null Kooperationsbereitschaft und Mitwirkungsbereitschaft seitens einer Mutter gibt, dann tritt dieser Fall ein und Gott sei Dank ist das äußerst selten, das nur als Vorbemerkung. Zum Stand unserer Erhebungen kann ich Ihnen mitteilen, dass mit 17.4., also vergangenen Freitag, bis zu diesem Tag die Eltern eingeladen waren, auch beim Amt für Jugend und Familie mitzuteilen, welchen Platz sie nun in Anspruch nehmen, weil es gibt tatsächlich auch Fälle, wo Eltern mehrere Plätze zugesprochen bekommen haben, weil sie sich eben vorsorglich bei vielen Einrichtungen angemeldet haben und die Glücklichen waren, mehrere Zusagen zu haben, wogegen andere nur Absagen bekommen haben. In der ersten Phase unserer Datenbereinigung kann man schon einmal sagen, dass ungefähr 500 Kinder von den Wartelisten verschwunden sind, dieser Datenabgleich ist noch nicht abgeschlossen, der wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, ich räume auch ein, dass wir EDV-mäßig noch nicht so aufgestellt sind, wie ich mir das erwartet hätte, muss ich sagen und wie es eigentlich Standard wäre, nächstes Jahr werden wir da sicher besser sein und Daten früher haben. Ich bin aber heute, und ich bitte Sie einfach um Verständnis, nicht bereit, irgendeine Zahl noch zu nennen, denn alles was in den vergangenen Wochen kolportiert wurde und letztlich auch skandalisiert wurde, hat ganz sicher nicht dazu beigetragen, dass vor allem auch die MitarbeiterInnen im Amt für Jugend und Familie in Ruhe weiter arbeiten können und das hat sicher auch nicht dazu beigetragen, dass Väter und Mütter beruhigter in die kommenden Wochen schauen können. Es wird hier mit Zahlen operiert, die schlichtweg jeder Grundlage entbehren, aber sei es wie es sei, wir werden eifrig daran arbeiten, dass wir diesen Datenabgleich möglichst rasch haben und darauf aufbauend auch noch weitere Maßnahmen planen können. Einige sind ja bereits eingeleitet, beispielsweise mit Mitwirkung des Gemeinderates, dass wir den Aufnahmestopp von privaten Einrichtungen ins städtische Tarifsysteem aufgehoben haben. Wir haben auch private Einrichtungen ins Tarifsysteem aufgenommen, die bis zu diesem Zeitpunkt nur Individualverträge hatten, wir haben eine Elternförderung bei der Betreuung durch Tagesmütter eingeführt mit Zustimmung des Gemeinderates und wir haben darüber hinaus auch im Zusammenhang mit dem Gratiskindergarten die Gruppenförderung für private Einrichtungen verdoppelt, sodass alle 125

Kindergärten in der Stadt Graz ihre Plätze gratis anbieten und ich erinnere an die Diskussion im August/Anfang September vorigen Jahres, wo ebenfalls mit völlig falschen Zahlen operiert wurde, wo wieder skandalisiert wurde die Stadt Graz als säumige Gebietskörperschaft hingestellt wurde und wie gesagt, hat sich letztendlich herausgestellt, dass wir alles andere wie säumig sind, sondern alle Plätze gratis anbieten können. Insgesamt braucht sich die Stadt Graz, gerade was den Bereich der Kinderbetreuung angeht, und da wiederum ganz besonders im Bereich Kindergarten, überhaupt nichts vorwerfen lassen, ich denke, jeder einzelne Gemeinderat, jede einzelne Gemeinderätin könnte hier gut argumentieren, wenn von zehn Grazer Kindern in dieser Altersgruppe neun einen Betreuungsplatz haben. Auch heute noch haben, obwohl in den letzten Jahren 28.000 Personen mehr nach Graz gezogen sind und wir heute noch immer diesen Versorgungsgrad haben, dann brauchen wir uns sicher nicht vorwerfen lassen, dass wir in irgendeiner Form säumig sind, das soll der Stadt Graz einmal eine andere Gemeinde in dieser Größe nachmachen. Das ist auch nicht mein Verdienst allein, das räume ich gerne ein, im Gegenteil, ich bin erst ein gutes Jahr jetzt dabei, ich hatte eine gute Vorgängerin und die hatte eine gute Vorgängerin, wir haben ein tolles Amt, alle bemühen sich und wir haben in dieser Stadt (*Applaus SPÖ und ÖVP*), und darauf bin ich jetzt besonders stolz, andere mögen das kritisieren, dass wir eine sehr, sehr gute Partnerschaft und Kooperation mit privaten Einrichtungen in unserer Stadt haben und nur so können wir diesen tollen Versorgungsgrad auch anbieten (*Applaus ÖVP*). Ich brauche die Zahlen, die wir jetzt mehr aufwenden in den vergangenen Jahren und heuer für Kinderbetreuungsplätze, jetzt nicht extra erwähnen, das war auch nicht Ihre Frage, aber Ihre Frage geht in die Richtung, was planen wir weiter. Wir werden auf jeden Fall mit dem kommenden Betreuungsjahr mindestens weitere zehn neue Gruppen ins Tarifsysteem aufnehmen, das ist ebenfalls für die Folgejahre geplant, also zumindest jedes Jahr zehn neue Gruppen. Dadurch und auch durch das Programm, das wir in der AOG für die Jahre 2011 bis 2015 vorhaben, werden kontinuierlich neue Plätze geschaffen, das Volumen beträgt in etwa 20 Millionen Euro, das wir in eigenen Einrichtungen umsetzen, in Kooperation mit privaten Einrichtungen umsetzen, aber wir werden auch selbstverständlich die privaten Einrichtungen ermuntern, die Förderungsmöglichkeiten seitens des Landes auch in Anspruch zu nehmen, da werden wir, wo es geht, auch mithelfen, wenn es darum geht, vielleicht Grundstücke zu suchen und dergleichen, also insgesamt arbeiten wir hier Hand in

Hand und wir haben darüber hinaus jetzt auch die Tagesmüttervereine angeschrieben, sie ermutigt, allenfalls vor dem Sommer noch weitere Ausbildungskurse anzubieten und wir überlegen auch, ob es ein Ansporn sein könnte, wenn wir im geringfügigen Ausmaß aber doch vielleicht auch den Tagesmüttern bei der Erstausrüstung ihrer Infrastruktur, und dass es eben sicherheitstechnisch entspricht, ein wenig unter die Arme greifen können. Wenn wir die Daten alle vorliegen haben, wenn wir wissen, was ist tatsächlich ein Fehlbestand, der sich für den Herbst abzeichnet, dann können wir da und dort, sofern die Infrastruktur gegeben ist auch provisorische oder dislozierte Gruppen von bereits bestehenden Einrichtungen anbieten, das haben wir vor und möglicherweise ergibt sich auch da und dort die Möglichkeit, temporär Baulichkeiten zu schaffen, um auch weitere Plätze anbieten zu können. Faktum ist, dass wir im Kindergartenbereich offensichtlich, obwohl wir die EU-Vorgabe erreichen, noch immer nicht bei der Nachfrage angelangt sind, also trotzdem auch mit heutigem Stand neun Kinder von zehn einen Platz haben, scheint das nicht zu reichen. Es spielt da ganz sicher eine Rolle der Gratiskindergarten. Es ist durchaus feststellbar, dass auch Personen, die nicht berufstätig sind, plötzlich einen Ganztagskindergartenplatz beanspruchen, auch Personen, die bisher mit einem Halbtagskindergartenplatz das Auslangen gefunden haben, einen Ganztagskindergartenplatz beanspruchen. Wir haben auch Fälle, wo über den Sommer Kinder bis zu acht Wochen durchgehend angemeldet werden mit dem Zusatz, dass sie schon wissen die Eltern, dass sie das eh nicht brauchen werden, aber es kostet ja nichts, also es spielen hier viele, viele Faktoren zusammen und wir werden versuchen, möglichst rasch Licht in diesen Nebel zu bringen, damit wir wissen, wovon wir sprechen. Im Krippenbereich, und da brauchen wir uns ja nichts vormachen, gibt es noch einen weitaus größeren Nachholbedarf. Wir haben einen Plan, wie wir die 33 % erreichen werden, die ebenfalls die EU vorgegeben hat, aber ich denke, so wie es sich jetzt entwickelt, werden auch diese 33 % schon mittelfristig ganz sicher nicht mehr reichen. Das vielleicht zuerst als meine Antwort (*Applaus ÖVP*).

Mag.^a **Taberhofer**: Ich möchte mich recht herzlich für die Beantwortung bedanken, es liegt mir fern, das Thema in irgendeiner Form zu skandalisieren, ich habe

herausgehört, dass eine Gruppenerweiterung, aber auch bauliche Maßnahmen geplant sind, auch mit den 20 Millionen Förderungen und deswegen erübrigt sich meine Zusatzfrage, die wollte ich nämlich in Kombination damit stellen, dass ja auch eine Absichtserklärung der Bundesregierung gegeben ist, ab Herbst ein verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Kinder ab fünf, und da würden ja dann bauliche Maßnahmen sicher auch zusätzlich erforderlich sein. Aber das ist schon beantwortet, also bedanke ich mich recht herzlich (*Applaus KPÖ*).

7) Überschreitung des Budgets. Stand der Dinge und Prognose für das laufende Jahr

GR. **Hötzl** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! In den vergangenen Wochen durften wir diversen Medien entnehmen, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise unsere Stadt doch härter trifft, als dies anlässlich der letzten Budgetgemeinderatssitzung Ihrerseits dargestellt wurde.

Die Realität hat die Naivität der ÖVP Lügen gestraft. Nun wissen wir also, dass sowohl aus dem Finanzausgleich sowie auch aus lokalen Abgaben weit weniger Einnahmen zu lukrieren sein werden, als ursprünglich angekündigt war.

Die Medien berichteten hierzu wenig einfühlsam und fanden klare Worte, wenn wir beispielsweise Sätze wie den folgenden als Überschrift lesen durften: „Das Budget bricht weg!“

Die Koalition ÖVP/Grüne lud prompt zu einer Präsentation neuer Maßnahmen, um den neuen unliebsamen Sparkurs im Sog entsprechender Medienberichte publik zu machen. Eine ebenso in Schwarz/Grün gehaltene Broschüre wurde an Journalisten, Magistratsbedienstete und uns Gemeinderäte ausgegeben. Farblicher Dualismus und inhaltliche Monokausalität. So könnte man dieses Elaborat beschreiben. Wenigstens ist auch hier die Katze aus dem Sack und wir wissen nun, dass weiter

ausgelagert und bei den Bediensteten eingespart wird, was mit Sicherheit der Bürger, der bei höherer Abgabenleistung weniger Service zu erwarten hat, bezahlen wird.

Abgesehen von der Beschäftigungstherapie für die Agentur der Wahlkampfleiterin unseres Herrn Bürgermeisters konnte ich gegenständlicher Informationsveranstaltung sowie der angesprochenen Broschüre keine stichhaltigen Auskünfte entnehmen, weshalb ich nun auf diesem Wege und namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, folgende

F r a g e

richte: Wie hoch ist derzeit die Budgetüberschreitung gemessen an dem von Ihnen im Rahmen der letzten Budgetgemeinderatssitzung vorgelegten Budgetvoranschlag, dargestellt in absoluten Zahlen? (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Herr Gemeinderat, ich weiß nicht, was Sie alles gelesen haben wenn der Tag lang ist und welche Informationsquellen Sie da zur Verfügung haben. Es hat sich im Prinzip an der Situation, nach der Sie gefragt haben, nichts geändert. Ich darf sie Ihnen kurz erläutern noch einmal. Die absoluten Zahlen der bisherigen Ausgaben Budgetüberschreitung werden im jeweiligen Finanzausschuss in der Regel vom Herrn Kicker beziehungsweise Frau Baravalle berichtet, nachdem der FPÖ-Klub selbstverständlich in diesem Ausschuss vertreten ist durch den Herrn Mariacher, der da immer sehr gut zuhört, hätte ich mir vorstellen können, dass Sie da wahrscheinlich auch die entsprechenden Informationen bekommen hätten können, wenn Sie wollten. Da erst ein knappes Drittel des Jahres 2009 vergangen ist, sind echte Überschreitungen von Ganzjahrespositionen jetzt noch sehr selten und die entsprechenden Gesamtziffer wenig aussagekräftig. Bisher kann auch bei den Einnahmepositionen keine wesentliche Unterschreitung der jahresaliquotierten Budgetwerte festgestellt werden. Für das restliche Jahr sind selbstverständlich kritischer zu sehen, wir erwarten ab den Lohnzahlungszeiträumen April/Mai verbreitet Lohnsteueraufrollungen auf Grund der Steuerreform, die Steuerreformeffekte für die

vergangenen Monate nachholen werden. Damit wir ab Sommer mit einem wesentlichen Rückgang der Ertragsanteile zu rechnen haben, wissen wir, das wird sich auch im zweiten Halbjahr in Folge eines zu erwartenden niedrigeren Umsatzsteueraufkommens verstärken. Auch die Kommunalsteuer wird im zweiten Halbjahr zurückgehen, umgekehrt dürfen die Sozialpflichtausgaben konjunkturbedingt steigen. Das, was wir wissen und was sich seit Wochen nicht geändert hat, das ist die Vorschau auf diese neue Situation, es sind die geschilderten Gesamteffekte von 20 Millionen Euro im Wesentlichen elf Millionen Euro Ertragsanteile, fünf Millionen Kommunalsteuer, die restlichen sechs Millionen durch erhöhte Ausgaben. Was wir ebenfalls seit vielen Wochen und auch Monaten dargelegt haben, das ist, dass wir derzeit jedenfalls budgetär in erster Linie durch Einsparungen sowie durch Verstärkungsmittel bei Einsparungen insbesondere, aber nicht ausschließlich, die 15-%-Sperrung sowie durch die Verstärkungsmittel diesen zusätzlichen Finanzierungsbedarf abdecken können. Wie weit darüber hinausgehend eine Nachtragskreditbedeckung notwendig sein wird, kann derzeit nicht seriös abgeschätzt werden, so ist die Situation derzeit, noch alles beim Alten, was die Zukunft bringen wird, wir werden ja heute wahrscheinlich auch noch drüber diskutieren, ist einfach seriös nicht abschätzbar derzeit.

GR. **Hötzl:** Ja, danke Herr Stadtrat, das war aber nicht persönlich gemeint, weil Sie da gleich überschäumend sind. Ich habe auch beim Herrn Mag. Mariacher, bei meinem Kollegen, der im Finanzausschuss ist, nachgefragt, auch er hat mir das nicht in dieser Deutlichkeit, wie Sie es mir jetzt dankenswerterweise gesagt haben, auch er hat es mir nicht sagen können, obwohl er sicher einer ist, der sehr aufmerksam da drinnen sitzt. Meine Zusatzfrage ist, sind Sie bereit, zukünftig auch die anderen, zumindest im Stadtsenat vertretenen Fraktionen zeitgerecht und umfassend, und um das geht es, umfassend zu informieren, wenn sich, wie in diesem Fall das geplante Budget als völlig unzureichend herausstellt. Wie gesagt, das war nicht persönlich gegen Sie gemeint, Sie können nichts dafür, dass eine Finanzkrise da ist.

StR. Dr. **Rüsch**: Ich weiß, Sie haben die gesamte Koalition gemeint, wenn Sie von der Naivität der ÖVP und der Grünen gesprochen haben. Es geht auch nicht um persönliche Dinge, das ist ohnehin klar. Es steht heute ein Stück auf der Tagesordnung, das ist die Finanzplanung für die nächsten Jahre. Selbstverständlich berichten wir laufend, auch hier im Gemeinderat. Im Ausschuss wird ohnehin jeweils zu Beginn, Finanzausschuss, jeweils zu Beginn eine Übersicht über das Budget, über das laufende Budget und den Budgetvollzug gegeben, also das sehe ich als selbstverständlich an, dass wir kontinuierlich laufend, erschöpfend und transparent berichten.

8) Zentralküche/Lieferungen an Kindergärten

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Ich richte die Frage an den Stadtrat Eisel-Eiselsberg, das ist jener Stadtrat mit der gelben Krawatte, nicht mit der grünen, und zwar deswegen an ihn, weil er ja als Kunde für diese Leistungen für die Kindergärten, es geht hier um Leistungen der Zentralküche, zuständig ist und bewusst nicht an die Lieferanten, sprich die Zentralküche. Bisher versorgte die Zentralküche die städtischen Kindergärten dreimal wöchentlich mit Frischobst und Backwaren.

Zusätzlich wurden auch zu speziellen Feiern saisonal entsprechende Lebensmittel geliefert. Nach meinen Informationen wurden bereits in Einzelmaßnahmen diese Leistungen eingestellt und werden auch in Hinkunft bereits angeordnet, Leistungen der Zentralküche für die Kindergärten nicht mehr durchgeführt werden. Da diese Befürchtung im Raum ist, dass hier das Gratiskindergartenjahr auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird, indem man einfach Leistungen einstellt oder Leistungen gar nicht mehr in Auftrag gibt bei der Zentralküche, stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung die

Frage:

Stimmt es, dass die Belieferung städtischer Kindergärten mit Frischobst und Backwaren durch die Zentralküche bereits im Verhältnis zu den Vorjahreszahlen eingeschränkt wird und/oder in Zukunft gänzlich eingespart werden soll?

StR. Eisel-Eiselsberg: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Gleich vorweg, also was der Gratiskindergarten mit dem zu tun haben sollte, das kann ich nicht nachvollziehen, vielleicht kriege ich das nachher noch erklärt, aber wie dem auch sei, es ist heute schon so, dass nicht alle Kindergärten oder Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Graz Frischobst und Backwaren, wir sagen Jause dazu, von der Zentralküche bekommen. Es gibt viele Einrichtungen, die schon heute das anders organisieren, entweder die Kinder kriegen, so wie es vielfach ja üblich ist, von zu Hause eine Jause mit oder eine Mutter besorgt für die gesamte Gruppe eine Jause oder manche Eltern tun sich zusammen oder Eltern zahlen einen geringen Betrag ein und die KindergartenpädagogInnen und BetreuerInnen besorgen eine gemeinsame Jause, immer wieder um dem Gesichtspunkt einer gesunden Jause, einer gesunden Ernährung. Also nicht alle Einrichtungen kriegen bisher von der Zentralküche diese Jause. Im heurigen laufenden Betreuungsjahr hat es diesbezüglich auch gar keine Änderung gegeben, es wurde nicht nur die Jause angeliefert, sondern auch zu diesen Feiern Nikolo, Ostern auch die üblichen Waren angeliefert so wie bisher und das wird auch in Zukunft fortgesetzt werden. Bei der Jause selbst wird es möglicherweise Änderungen geben, der Gemeinderat hat ja zum einen die Änderung der Essenspreise seitens der Zentralküche ja mitbeschlossen, darin wäre auch ersichtlich gewesen, dass Jause in Zukunft unmittelbar Bestandteil der Essenslieferung zu Mittag ist, sondern da gibt es eine Rubrik neu: Jause auf Anfrage. Und das ist uns bis heute aber auch noch nicht restlos bekannt, was wird diese Jause kosten, wie wird sie ausschauen, wie wird sie zusammengesetzt sein. Erst wenn wir das wissen, wird es im Einvernehmen mit den KindergartenleiterInnen, aber natürlich auch dann wiederum in weitere Folge mit den Eltern darüber Einvernehmen herzustellen sein, wie weit da vorgegangen wird, ob eine Variante ergriffen wird, wie es auch schon bisher verschiedene Einrichtungen gemacht haben, ob man weiterhin von der Zentralküche eine Jause bezieht, das kann ich Ihnen heute leider nicht beantworten.

Mag. **Mariacher**: Herr Stadtrat, Ihre Antwort ist für mich absolut unbefriedigend, weil als Kunde müsste die Stadt Graz für jene Einrichtung, wo sie bisher diese Leistung erbracht hat, und ich denke mir, dass man sich an früheren Tagen sehr wohl darüber Gedanken gemacht hat, sehr wohl ein Konzept haben, welche Leistungen will ich erbringen, welche ernährungsphysiologischen Wirkungen will man gerade bei der Jugend erzielen, weil der Jugend wird das Essverhalten ja sehr maßgeblich für das ganze Leben determiniert und ich bin sehr enttäuscht, dass hier die Konzepte noch nicht einmal skizzenhaft da sind. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Da muss ich einfach drauf antworten. Also erstens kann ich nicht nachvollziehen, warum ich als Person ein Konzept erstellen sollte, wenn die Frage darauf aufzielt, ob die Zentralküche weiterhin eine Jause liefert. Wir bringen uns sehr wohl ein...

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Sie sind ja der Auftraggeber.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Wir bringen uns sehr wohl ein, was die Ernährung anbelangt, da ist unser ärztlicher Dienst auch voll dabei und die Ernährungsberater, also das ist gar keine Frage, das passiert ja. Aber offensichtlich wurde nicht ganz verstanden, dass sehr, sehr viele Einrichtungen mit ihren PädagogInnen und BetreuerInnen mit den dort angemeldeten Eltern und deren Kinder vor Ort entscheiden, was sie ihren Kindern geben und ich bin alles andere als zentralistisch verordnet, sondern meine Einrichtungen haben diese Autonomie, das vor Ort zu entscheiden und wenn man mich in irgendeiner Form braucht, unterstützend, begleitend bin ich immer da. Diesen Vorwurf kann ich einfach so nicht hinnehmen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir hatten auch kurz einen sehr wichtigen Landesrat für die Stadt Graz zu Besuch, aber ist gleich wieder gegangen, als die Finanzfrage da war, der Herr Finanzlandesrat war kurz da. Ich wollte ihn gerade begrüßen, ist er schon wieder weg, ich nehme an, er hat im Haus Wichtiges zu beraten und vielleicht auch einen Geldkoffer mit, das wäre natürlich schön.

Wir kommen jetzt, und das sage ich gleich an alle, die heute noch viel vorhätten am Abend, wir haben insgesamt 50 Initiativen, die vor uns liegen, das heißt, 15 Anfragen, 24 Anträge und 11 dringliche Anträge.

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Klärung des Abstimmungsverhaltens bei Informationsberichten

GR. Mag. **Titz** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Titz**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat!

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Entschuldigung, darf ich noch einmal kurz unterbrechen, wir hatten letztes Mal die Vereinbarung auch auf Grund der hohen Anzahl, dass wir uns darauf beschränken, nur die Antragstexte zu verlesen und ich würde ersuchen, dass ich mit Kopfnicken die Zustimmung bekomme, dass wir das heute auch so handhaben. Bei den Anträgen, Antragstext, man kann natürlich auch bei den Anträgen, so wie die Frau Stadträtin meint, rhetorisch zusammenfassend sein, aber das bleibt natürlich jedem selbst überlassen.

Mag. **Titz**: Meine Anfrage ist ganz kurz, sie betrifft die Klärung des Abstimmungsverhaltens bei Informationsberichten, weil das etwas ist, das in